

DAS MESSIANISCHE ZEUGNIS UND ISRAELS DEMOGRAPHISCHE MISERE

Während ein uns und ebenfalls in Israel unbekannter Anatoli Uschomirski bedauert, am zurückliegenden Kirchentag in Stuttgart als „messianischer Jude“ nicht eingeladen worden zu sein (idea-Meldung 17.2015), wo er öffentlich bekannte, „keine“ Judenmission zu betreiben, konnten wir von der „Messianischen Bekenntnisgemeinschaft“ fast zeitgleich unsere 91. Pressekampagne in der israelischen Zeitung „WESTI“ am 21. und 26. Mai veröffentlichen (Kostenpunkt: 17.550,- NIS/4.150,- €). Einen breiten Verteiler, unter denen sich namhafte deutsche Theologen und Israelwerke befinden, forderte ich auf, dem HERRN für diesen Sieg Jeschuas die Ehre zu geben. Aber kein Peter Beyerhaus oder Cochlovius oder Manfred Michael oder Nestvogel oder Herr Wegert von der „Arche“ reagierten auf meinen Aufruf.

Die Beteiligung des ZeLeM-Vereins beim 26. Kirchentag in Hamburg im Jahre 1995 führte seinerzeit zu einem Eklat mit den drei muslimischen Ständen, die

sich über unsere Beteiligung beschwerten. Schon damals nahm die EKD Rücksicht auf muslimische Empfindlichkeiten. Wenn also in einer deutschen so genannten messianischen Gemeinde wie in der Synagoge die Männer eine Kippa und einen Talit tragen, aber fast in der Regel unbeschnitten sind, dann verärgert dies die in Deutschland ansässigen jüdischen Gemeinden, weil dies den Eindruck erweckt, es handele sich um reguläre jüdische Gemeinden, obschon der Apostel Paulus erklärt, daß sich die Männer nicht mehr ihr Haupt bedecken sollen. Bewußt geht Herr Uschomirski auf Distanz zu „judenmissionarischen Gruppen“, zu denen offensichtlich wir israelische bekennende Judenchristen gehören. Denn unter diesen Umständen wäre Petrus und Paulus ebenfalls als „judenmissionarische Gruppe“ zu bezeichnen gewesen. Mit anderen Worten: Wir, die wir seit 1980 öffentlich zur Buße in Israel aufrufen und das Evangelium des jüdischen Messias Jeschua nachweislich und

nachhaltig öffentlich verkündigen, werden von deutsch-russischen so genannten „messianischen Gemeinden“ boykottiert, obschon wir auch eine russischsprachige Dokumentation über unsere Öffentlichkeitsarbeit (413 Seiten) herausgeben. Es geht also vermutlich dabei um Spendenmache, da diese selbst ernannten Pastoren um ihre Pfründe fürchten, obschon sie wissen müßten, daß ihr Platz in Israel und nicht in Deutschland sein müßte (Hesekiel 39,28). Wir sind für solche „Israelwerke“ („amzi“ oder „edi“) eine unliebsame Konkurrenz, die sich niemals bemühten, uns in unserem Streben, das Evangelium judengemäß in Israel zu verkündigen, finanziell zu unterstützen, obschon wir dabei sämtliche persönliche Risiken auf uns nehmen, zumal wir öfters Ziel von Anschlägen ultraorthodoxer Fanatiker geworden sind.

Auch Premier Netanjahu und andere namhafte israelische Politiker erhalten unsere Pressekampagnen in hebräischer Sprache. Man kann also aus unserer Homepage www.zelem.de die russischsprachigen und hebräischen Texte herunterladen und an Juden weitergeben. Diese jahrzehntelangen Aktionen hängen allerdings damit zusammen, wer vom HERRN die Vollmacht zum kraftvollen messianischen Zeugnis erhält und dementsprechend handelt, was man von den etablierten institutionellen Kirchen im Ausland nicht erwarten kann, wenn immer wieder behauptet wird, Judentum, Christentum und Islam gehörten zusammen. Dies propagiert auch die Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), die für Flüchtlingsfragen und Integration von Ausländern verantwortlich ist. Gleichzeitig flirtet der SPD-Vorsitzende Gabriel mit der



Der ZeLeM-Stand am 26. Kirchentag in Hamburg im Jahre 1995



Der SPD-Vorsitzende Gabriel einträchtig vereint mit der muslimischen Generalsekretärin Fahimi

muslimischen SPD-Generalsekretärin Fahimi. Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion, Kerstin Griese, äußerte die Überzeugung, daß sich die meisten der inzwischen 4,5 Millionen in Deutschland lebenden Muslime an Grundwerten wie Demokratie und Pluralität orientierten. Dabei beobachten wir eine zunehmende Parallelgesellschaft, wo beispielsweise in Frankfurt bereits 47 Prozent der Einwohner über einen Migrationshintergrund verfügen. Zeitgleich töten Islamisten vom Islamischen Staat (IS) Christen oder stoßen sie von den Flüchtlingsbooten. „Boko Haram“ mißbraucht Kinder, und nur, wer zum Islam konvertiert, darf nach Ansicht eines IS-Sprechers überleben.

Israel ist antichristlich

Als Ende Mai christliche Pilger das Grab König Davids am Zionsberg besuchten, wurden sie von hunderten jüdischen Protestlern daran gehindert. Im unmittelbaren Bereich befindet sich auch der Raum, wo der Heiland das Abendmahl abhielt. Proteste von jüdischen Radikalen häufen sich in den letzten drei Jahren. Nach Jehuda Puah würden die Christen Davids Grab durch ihre Anwesenheit entweihen. Vor allem Breslov-chassidische Gruppen zeichnen sich durch ihr antichrist-

liches Verhalten aus.

Hunderte religiöse und weltliche Juden versammelten sich ebenfalls im Mai zu einem Protest in Ra'anana, als sich dort „Zeugen Jehovas“ versammelten. Die Polizei mußte für Ordnung sorgen. Postbedienstete in Ashkelon weigerten sich, 35.000 Traktate missionarischen Inhalts einer baptistischen Organisation auszutragen. Wer aber nur „Brücken bauen“ will, wie Uschomirski „idea“ erklärt, ist kein Jünger Jeschuas! Es geht in der Tat um eine Umkehr des jüdischen Volkes zu seinem wahren Friedensbringer, der kein geringerer ist als der Messias Jeschua.

Rabbi Yechiel Eckstein

Auch er gibt sich als „Brückenbauer“ aus und kassiert in den USA jährlich an die 70 Millionen Dollar auch und vor allem von unbedarften und uninformierten amerikanischen Christen. Als Gründer der „International Fellowship of Christians and Jews“

sammelt er eifrig Spenden von christlichen Zionisten; Geld, das er für soziale Dienste von ultra-orthodoxen Juden einsetzt. Auch beteiligt sich sein IFCJ am Bau von Synagogen, Mikwes (rituelle Bäder) und Talmudschulen. Eckstein heißt russische Einwanderer willkommen und schwört sie sogleich auf das Judentum ein.

Israels Demokratieverständnis ad absurdum

Es ist eine Farce, wenn sich Israel als ein demokratischer und zugleich jüdischer Staat definiert. Denn Anerkennung in diesem Staat als rechtmäßiger Staatsbürger findet nur, wer von einer jüdischen Mutter abstammt oder nach ultra-orthodoxem Ritus zum jüdischen Glauben konvertierte. Und so beklagt die weltliche Zeitung „Jerusalem Post“ (20.Mai 2015), daß mehr als 50 Prozent der Einwanderer aus der einstigen Sowjetunion die Konversionskurse wieder verlassen haben. In einem Bericht des „Institut für Demokratie“ wird das Bild über die Konversionspolitik des Landes als „deprimierend“ bezeichnet. Dr. Netanel Fisher kommt darin zu dem Schluß, daß seit dem Jahre 1995 80.000



Rabbi Eckstein vom amerikanischen IFCJ empfängt russische Einwanderer und schwört sie sogleich auf das Judentum ein

Einwanderer zum Judentum konvertierten. 45.000 von ihnen stammen aus dem unterentwickelten Äthiopien, die jedoch weder Kenntnisse über den jüdischen Glauben besitzen noch die Männer beschnitten sind. Es ist überhaupt fraglich, ob diese Menschen jüdische Wurzeln haben. Aber für die ultra-orthodoxe sephardische SCHAS-Partei sind sie willkommene Wähler, wobei die Männer sogleich eine Kippa erhalten, um als gute Juden zu gelten.

330.000 Einwanderer aus der einstigen UdSSR gelten nach wie vor als Nichtjuden. 24.000 konvertierten zum jüdischen Glauben. Besonderes Augenmerk richtet das ultraorthodoxe Establishment auf die daraus entstehenden Mischehen und die Kinder, die aus solchen Ehen hervorgehen, ohne „koschere“ Juden zu sein. Darin sieht man eine Gefahr für den Weiterbestand des jüdischen Volkes. Auch in den USA sieht man mit großer Sorge eine Zunahme von Mischehen mit nichtjüdischen Partnern.

Netanjahus ultraorthodoxe Koalitionspartner fordern demzufolge, daß sich der Staat Israel massiv und vermehrt für die Konversion von Einwanderern in den jüdischen Glauben engagiert. Angeblich würde dies auch die Mehrheit der weltlichen Juden begrüßen. Man sieht diese Notwendigkeit in historischen Proportionen, obschon die „Unabhängigkeitserklärung“ vom Jahre 1948 keinen Unterschied macht zwischen Religion, sexueller Ausrichtung und Hautfarbe. Aber eine israelische Gesellschaft, die nur noch aus ultraorthodoxen Juden bestünde, wäre gar nicht lebensfähig. Denn die ultraorthodoxe Minderheit im Lande ist ungebildet, kennt weder Fremdsprachen noch Naturwissenschaften, Mathematik oder handwerkliche Fertigkeiten. Sie zahlen weder Steuern an den Staat noch nehmen sie am aktiven Militärdienst teil.

Daher wäre es an der Zeit, daß in Israel Staat und Religion getrennt würden, was der Gleichbehandlung aller Bürger entsprechen würde. Von einer Demokratie kann demzufolge in Israel keine Rede sein. Dies fordere ich seit Jahrzehnten in Israels Medien!

Da die Zahl der unproduktiven ultraorthodoxen Juden in Israel mit durchschnittlich 7-8 Kindern pro Familie zunimmt, wird dieses Phänomen fürwahr zu einer existenziellen Frage für Israel werden. Man stelle sich einmal vor, wenn Deutschland von allen ankommenden Flüchtlingen aus Syrien, Irak, Libanon, Libyen, Schwarzafrika verlangen würde, sich christlichem Religionsunterricht und einer anschließenden Taufe zu unterwerfen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Es gäbe nicht nur in Deutschland einen Aufschrei der Entrüstung. Aber genau dies ist die Situation in Israel, obschon jeder zehnte Israeli arabischen Ursprungs ist.

Homosexuelle Israelis, die Kinder im Ausland adoptieren, wie jene, die aus dem Erdbebengebiet in Nepal in Israel eintreffen, sind halachischerweise keine Juden. Jungs müssen sich der Beschneidung unterziehen und – wie Mädchen auch – in die Mikwe gehen. Kinder, die über eine Leihmutter ausgetragen werden, kosten in den USA 150.000 US-Dollar; in Nepal nur 30.000 US-Dollar. Allein im letzten Jahr kamen 100 Säuglinge durch Leihmütter in Israel zur Welt.

Die biblische Ruth gilt im Judentum als das Paradebeispiel einer rechten Konvertitin zum Judentum. Der ehemalige Vorsitzende der Konversion-Behörde, Rabbi Chaim Druckman, beschwört geradezu, daß die angeblich 330.000 Israelis aus der einstigen Sowjetunion, die als Nichtjuden gelten, endlich durch

eine Konversion nach ultraorthodoxem Ritus zu rechten Juden werden. Es gilt nach Ansicht Druckmans als gute Tat (mitzva), diese Menschen dem Judentum zuzuführen. Entwicklungen, wie in Deutschland, mit einer muslimischen „Willkommenskultur“, wo selbst evangelikale Theologen sich von neutestamentlichen Grundaussagen distanzieren, wonach Christus keine göttliche Herkunft habe und auch nicht auferstanden sei von den Toten, wäre in Israel undenkbar. Dort



Rabbi Chaim Druckman möchte sämtliche Immigranten nach orthodoxem Ritus jüdisieren

zweifelt niemand an der Offenbarung Gottes am Berge Sinai und den Gesetzen, die der Ewige Seinem Volke auferlegte. Daher vermeidet man rabbinischerweise die Heirat von Juden mit Nichtjuden. Selbst Ehescheidungen gelten im Judentum als großes Unglück. Der einstige Vorsitzende der Deutschen Rabbiner-Konferenz, Dr. I.E. Lichtigfeld, bat mich einmal zu raten, wie viele Ehen er im Verlauf seiner 40-jährigen Rabbinertätigkeit geschieden hatte. Mir war seinerzeit bewußt, daß dies nicht viele sein würden und meinte 200 Scheidungen. Er aber antwortete mir: „14“ Ehen! Insofern ist es problematisch, den Juden das Evangelium nahebringen zu wollen, wo christliche Theologen sich in Scharen von wesentlichen Aussagen des Neuen Testaments distanzieren. Das Christentum wird somit immer weniger glaubwürdig gegenüber

Andersgläubigen.

Während es strafbar ist, wenn Minderjährige „Opfer“ christlicher Mission werden, fordert Rabbi Druckman, daß auch Minderjährige bereits im jüdischen Glauben unterwiesen werden mit dem Ziel, aus ihnen ultraorthodoxe Juden zu machen, die dann ebenfalls zu einer Bürde der arbeitenden Bevölkerung werden. Nach Druckmans Auffassung müßten im ganzen Lande Konversionschulen errichtet werden, damit eine Assimilation in andere Religionen unterbunden wird. Mit einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat hätte dies allerdings nichts mehr gemein. Zur Integration der nicht halachisch ausgewiesenen Juden gehöre Druckman zufolge eine systematische Unterweisung in die 613 Gebote und Verbote nicht nur der Torah, sondern auch des Talmuds als dem mündlichen Gesetz. Dabei beruft sich der Rabbi auch noch auf den Propheten Jesaja, der im 2. Kapitel, Vers 3b, erklärte, daß das Gesetz von Jerusalem ausgehe. Wie Druckman allerdings sämtliche Geschichtskatastrophen erklären will, die bis heute das jüdische Volk heimgesucht haben, erklärt der Rabbi nicht. Daher schrieb ich auch in der 91. Pressekampagne, daß die Kippa auf dem Kopf und sämtliche Attribute eines äußeren Gottesdienstes die Juden nicht vor der Vernichtung bewahrt hätten.

Avigdor Liberman von der „Israel Beitenu Partei“ mit seinen nur noch 5 Knessetsitzen warnt vor einer Annullierung des so genannten „Zohar-Gesetzes“, das die Eheschließungen zwischen religiösen und weltlichen Juden erleichtern soll. Netanjahus orthodoxe Koalitionspartner wollen dieses Gesetz wieder rückgängig machen. Man könnte also meinen, daß Israel keine größeren Sorgen hat, wo es zunehmend in der Welt isoliert und von Feinden umgeben ist.

Ein vorbestrafter ultraorthodoxer Jude wird Wirtschaftsminister

Die Rede ist von Ariel Deri, dem Vorsitzenden der ultraorthodoxen sephardischen Schas-Partei. Wegen Korruption, Bestechlichkeit im Amt und anderer Vergehen aus einer Zeit, wo er Innenminister war, wurde er rechtskräftig zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Da half es auch nicht, daß die „Bewegung für die Qualität der Regierung“ Anzeige beim Obergericht gegen die Ernennung Deris als Wirtschaftsminister und Minister für die Entwicklung Galiläas und des Negev erstattete. So wenig Frau von der Leyen etwas vom Militär versteht, so wenig verfügen Israels Politiker über Grundkenntnisse über die Ressorts ihrer Ministerpos-

ten, so ist gerade dies das Grundkonzept der so genannten frommen Juden im heutigen Israel; ein Phänomen, an das Staatsgründer Ben-Gurion gewiß nicht dachte, als er einst die ultraorthodoxen Juden in die Regierungsverantwortung rief, um eine außerparlamentarische Opposition zu vermeiden. Deri will eigenen Einlassungen zufolge fehlendes Fachwissen nachholen. Auch sein Vorgänger im Amt, Naftali Bennett, konnte für seine Tätigkeit kein Fachwissen aufweisen. So darf es als unwahrscheinlich gelten, daß Deri sich für eine größere Integration der ultraorthodoxen Juden in den israelischen Arbeitsmarkt engagieren wird, auch wenn dies von der Bank Israel gefordert wird, um künftig noch diese Lasten tragen zu können. Wahrscheinlich wird



Der vorbestrafte und jetzige Wirtschaftsminister Ariel Deri (links) wird von seinem Vorgänger Naftali Bennett in sein neues Amt eingeführt

ten. Auffallend ist zudem, daß Minister aus ultraorthodoxen Kreisen in erster Linie an ihre eigene Klientel denken, die es zu befriedigen gilt – auch wenn dies auf Kosten des israelischen Steuerzahlers geschieht. Auch wenn Deri den jüdischen Gelehrten Maimonides zitiert, der gesagt haben soll, daß es besser sei, durch Hände Arbeit sein Brot zu verdienen als von Almosen zu le-

sich Deri auf die Armut seiner Glaubensgenossen konzentrieren, die aus eigener Schuld und falscher sozialer Einstellung verarmen, weil sie verantwortungslos viele Kinder in die Welt setzen, aber von der Allgemeinheit erwarten, von dieser ernährt zu werden, während sie sich selbst in den Jeschivot (Talmudschulen) hinter ihren Büchern verstecken.

Wer also bezahlt Netanjahus teuren Koalitionsdeal?

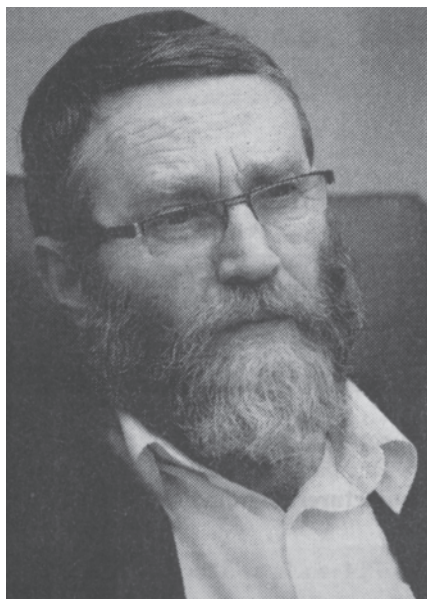
Allein die vorgezogenen Neuwahlen kosteten dem israelischen Steuerzahler 1,5 Milliarden Schekel. Vor allem die ultraorthodoxen Koalitionspartner verteuern die Staatsausgaben um 9 Milliarden Schekel (214.857.142,- Euro). Einst forderte Israels Finanzminister Yair Lapid eine Reduzierung des Kindergeldes für die ultraorthodoxen kinderreichen Familien, um diese Kreise einer produktiven Tätigkeit zuzuführen, was dem israelischen Steuerzahler 2,75 Milliarden Schekel erspart hätte. Daß diese Maßnahme von den Ultraorthodoxen als Bedingung für einen Koalitionsvertrag wieder zurückgenommen wurde, liegt auf der Hand. Zusätzlich wurde zur Bedingung gestellt, eine weitere Milliarde Schekel für das orthodoxe Erziehungssystem bereitzustellen, obschon damit die Parallelgesellschaft in Israel weiterhin festgeschrieben wird. Denn die ultraorthodoxen Juden leben ein eigenständiges Dasein, losgelöst von den weltlich eingestellten Juden, die sich für den Erwerb ihres täglichen Brotes auf dem Arbeitsmarkt behaupten müssen.

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hatte bei ihrem ersten Amtsantritt umgehend die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte erhöht, was automatisch sämtliche Lebensmittel und Dienstleistungen verteuerte. Es muß das Bestreben einer jeden Regierung sein, der Vertuierung Einhalt zu gebieten. Dagegen fordert auch der neu ernannte Erziehungsminister Naftali Bennett für sein Ministerium eine Budgeterhöhung von einer Milliarde Schekel. Finanzminister Mosche Kahlon seinerseits möchte für die Gehälter der Soldaten 1,3 Milliarden Schekel locker machen. Mit all diesen Ausgaben reduziert sich Israels Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2 Prozent. Damit erhöhen

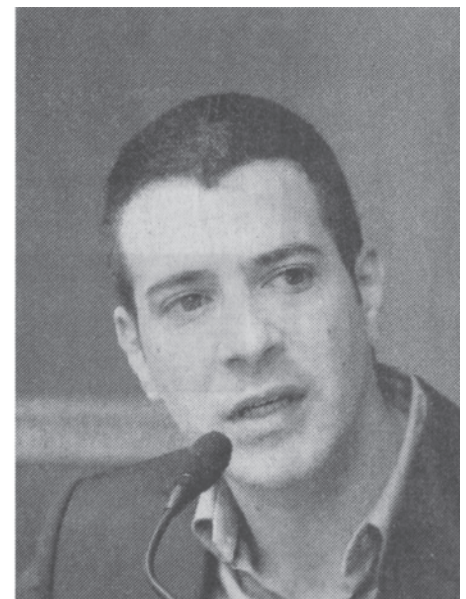
sich Israels Schulden abermals, was andererseits Steuererhöhungen unumgänglich macht. Kahlon denkt dabei an Steuererhöhungen für Investoren, die am Immobilienmarkt spekulieren.

Jair Lapid lehnte wegen der vielen finanziellen Zugeständnisse an die ultraorthodoxen Juden eine Beteiligung an der neuen Regierung ab. Dafür bedankte er sich nachdrücklich für die Zusage unserer neuen Pressekampagne. Für den Antichristen Mosche Gafni von der „Vereinigten Torah-Judaismus-Partei“, der für den Versand von Neuen Testamenten eine einjährige Gefängnisstrafe forderte, ist die Partei „Jesch Atid“ von Yair Lapid ein „Teufelswerk“, obschon im Talmud steht, daß ein Mann von den Früchten seiner Arbeit leben soll. Die Mischna führt dabei aus: „Alle Torah, die nicht aus der Arbeit resultiert, verliert ihren Wert und führt zur Sünde!“ Der Knesset-Abgeordnete der Israel-Beitenu-Partei, Scharon Gal, beklagt, daß Tausende ultraorthodoxe Familien zur Armut verurteilt seien, weil die Eltern sich um kein eigenes Einkommen bemühen. Durch die erneute Bezuschussung dieser Kreise durch die neue Regierung wird dieses Kardinalproblem nicht gelöst, zumal die ultraortho-

doxen Juden im Schnitt acht Kinder und mehr zu versorgen haben. Mit diesem wachsenden Bevölkerungskontingent wird sich die finanzielle Lage Israels weiterhin verschlechtern. Mosche Gafni bezeichnete dafür Gal im Plenum als „Antisemiten“. Wörtlich rief er: „Halten Sie Ihr Maul, Sie Übeltäter. Ihre Grausamkeit ist gut bekannt. Es gibt keinen Platz für die frommen Juden, wo Sie nicht versuchen, diese Menschen zu schädigen. Nur gut, daß Sie nicht mehr in der Regierung sind!“ Der vorbestrafte Wirtschaftsminister Deri stieß ins gleiche Horn, obschon es nicht um die Diskriminierung der Frauen ultraorthodoxer Familienväter geht, sondern daß diese in erster Linie ihre Verantwortung gegenüber ihren Familien nachgehen und in ihrer verbleibenden Freizeit sich dem Torah- und Talmudstudium widmen. Ich selbst war bis zu meinem 40. Lebensjahr leitend in der deutschen Wirtschaft tätig und arbeitete zeitweise bis Mitternacht, und am Wochenende befaßte ich mich mit theologischen Studien frei von fremden Einflüssen modernistischer Theologen. Warum sollte dies den frommen Juden nicht auch möglich sein, die arbeits- und bildungsscheu sind. Abgesehen da-



MOSCHE GAFNI



SCHARON GAL

von, daß diese Männer mit ihrer äußeren Frömmigkeit keine Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit wahrnehmen wollen.

Auch das renommierte „Taub-Institut“ beanstandet die Einkommen-Ungleichheit und stellt fest, daß 10 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ultraorthodoxe Juden mit steigender Tendenz sind. In vier bis fünf Jahrzehnten wird bei gleichbleibender Entwicklung ein Viertel der Bevölkerung keiner geregelten Arbeit nachgehen. Gleiches trifft auf die Ausbildung und das separate Schul- und Bildungssystem dieses Bevölkerungssegments zu, was zu einer wirtschaftlichen Regression führen wird. Auch die Verweigerung des Wehr-

dienstes ultraorthodoxer Juden wird zwangsläufig die Wehrfähigkeit Israels bei zunehmender Bedrohung des Staates maßgebend einschränken und fragwürdig erscheinen lassen. Es ist daher unverantwortlich für Regierungschef Netanjahu, diese Kette der Subsidiaritätspolitik zu Gunsten der ultraorthodoxen Juden fortzusetzen, nur um damit seinen Machterhalt zu sichern. Die Spaltung der israelischen Gesellschaft verschärft sich dadurch weiterhin und kann zu einem Kulturkampf führen. Eine ähnliche Entwicklung sagt das Taub-Institut auch für die arabische Bevölkerung in Israel voraus. Meine Nachbarn in Jaffo sind solche Araber, wobei der Familienva-

ter wegen eines angeblichen Nierenleidens invalidisiert wurde, und der kräftige Sohn nur herumlungert, auf Israel schimpft, aber von der israelischen Sozialhilfe lebt. Auch wenn das Renteneintrittsalter flexibel gehalten werden sollte, um die Arbeitswilligen recht lange dem Arbeitsmarkt zu erhalten, wird dies die Negativtendenz des israelischen Arbeitsmarktes nicht verbessern, denn viele vor allem akademisch gebildete junge Menschen suchen sich besser dotierte Arbeitsplätze in den USA und neuerdings auch in Deutschland. Keine guten Aussichten für den Fortbestand des Staates Israel!

Klaus Mosche Pütz